



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Monika Heinold (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)

und

Antwort

der Landesregierung - Finanzministerium

Ausschüttungen der HSH Nordbank

Vorbemerkung:

In seiner Antwort vom 30. März 2009 auf Fragen der Landtagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zur strategischen Neuausrichtung der HSH Nordbank AG (Umdruck 16/4155) schreibt Finanzminister Rainer Wiegard zur Frage 6 auf Seite 3: „Die Ausschüttung i.H. v. ca. 64 Mio. Euro ist noch nicht getätigt worden. Der Vorstand der Bank hat in der Adhoc-Mitteilung vom 25.03.2009 ausgeführt, er gehe davon aus, dass auch diese schon beschlossenen Ausschüttungen nicht geleistet werden dürfen.“

In seiner Antwort vom 7. April 2009 auf Fragen des Abgeordneten Stefan Schmitt (SPD) zu den Ausschüttungen der HSH Nordbank (Drs. 19/2677) schreibt der Hamburger Senat auf Seite 1: „Ja, es hat im Vorgriff auf die beiden beabsichtigten Ausschüttungen in Höhe von 64 Mio. Euro bzw. 200 Mio. Euro Zahlungen gegeben.“

In der Begründung verweist der Senat auf entsprechende Verträge aus den Jahren 1992 und 1999 mit der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (HGV) und zweier Sparkassen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welcher Quelle stammt die Information des Finanzministers Rainer Wiegard, dass keine Ausschüttungen getätigt wurden?
2. Ist der Landesregierung bekannt, aus welcher Quelle die gegensätzliche Information des Hamburger Senates kurze Zeit später stammt, dass doch Ausschüttungen erfolgt sind? Wenn ja, welche Quelle hatte der Hamburger Senat?
3. Wie hat der Finanzminister auf die Tatsache reagiert, dass die ihm zugetragene Information offensichtlich falsch war? Was hat er gegenüber seinem Informanten unternommen?
4. Seit wann ist die Landesregierung darüber informiert, dass es die o.g. Verträge zu dem Ausschüttungsprocedere mit der HGV und zwei Sparkassen gibt?
5. Gibt es Überlegungen bei der Landesregierung, eine Kündigung der o.g. Verträge in Abstimmung mit den anderen Anteilseignern zu prüfen? Wenn nein, aus welchen Gründen?

Antwort zu den Fragen 1 bis 5:

Die Landesregierung verweist auf den Umdruck 16/4207 „Berichterstattung über Zahlungen auf Stille Einlagen bei der HSH Nordbank AG“, der dem Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 30. April 2009 zur Kenntnis gegeben worden ist.

Nachdem Anfang April d.J. bekannt geworden ist, dass entgegen aller bisherigen Bekundungen von Seiten der HSH Nordbank AG doch Auszahlungen auf Stille Einlagen bei der HSH Nordbank vorgenommen worden sind, hat Finanzminister Wiegard den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank AG um Sachverhaltsaufklärung gebeten. Der Vorstandsvorsitzende wurde insbesondere dazu aufgefordert darzulegen, weshalb dieser Umstand nicht schon früher erkannt worden sei.

Im Antwortschreiben vom 21. April 2009 drückt der Vorstandsvorsitzende zunächst sein Bedauern darüber aus, dass es in Bezug auf die Ausschüttung auf einzelne Stille Einlagen bei Herrn Finanzminister Wiegard und den Mitgliedern des Finanzausschusses des schleswig-holsteinischen Landtages Irritationen gegeben habe. Anschließend führt der Vorstandsvorsitzende Einzelheiten zu den Verträgen aus, auf

die bereits Abschlagszahlungen geleistet worden sind. Entgegen bisheriger Informationen seien in Einzelfällen Ausschüttungen bereits als Abschlag im Jahr 2008 bzw. im Januar 2009 geleistet worden. Dieser Umstand sei wegen eines Organisationsverschuldens der Bank nicht kommuniziert worden. Aufgrund der aktuellen Beschlusslage, keine Ausschüttungen zu leisten, wird die Bank die gezahlten Abschläge zurückfordern. Der Vorstandsvorsitzende stellt abschließend dar, dass Finanzminister Wiegard von der Bank nicht über die geleisteten Zahlungen informiert worden ist. Details der Antwort des Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank AG ergeben sich aus dem genannten Umdruck 16/4207.